

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90) i.V.m. § 81 Abs. 1 Nr. 7 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSiG) vom 03.05.2018 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2021 (GVBl. S. 718) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-Isenburg am 12.07.2023 die folgende Satzung beschlossen:

Informationsfreiheitsatzung der Stadt Neu-Isenburg

Präambel

Die Stadt Neu-Isenburg versteht sich als moderne und offene Stadt mit einer bürgerfreundlichen und transparenten Verwaltung. Aus diesem Grund soll auch für Neu-Isenburg der Einblick in die Vorgänge der Verwaltung mit einer Informationsfreiheitsatzung erleichtert werden. Bereits heute ist die Stadt Neu-Isenburg mit einem umfangreichen Informationsangebot auf ihren Webseiten, zu dem auch alle Satzungen und Bekanntmachungen und insbesondere auch mit dem Bürgerinformationssystem, in dem alle öffentlichen Drucksachen und Beschlüsse hinterlegt und einsehbar sind, eine offene und transparente Verwaltung.

Auf ihrer Webseite veröffentlicht die Stadt Neu-Isenburg alle öffentlichen Informationen zu Förderprogrammen, Bebauungsplänen, Bodenrichtwerten. Hier besteht bereits ein umfassender Zugang zu allen amtlichen Informationen die Stadt Neu-Isenburg betreffend.

Über alle darüberhinausgehenden laufenden Projekte, Entwicklungen, Geschehnisse der Stadt wird im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wöchentlich berichtet. Diese Pressemitteilungen sind ebenfalls verfügbar, sowohl im städtischen Internetauftritt als auch über Newsletter.

In diesem Sinne und zur weiteren Stärkung der Transparenz erlässt die Stadt Neu-Isenburg die folgende Satzung.

§ 1 Zweck

- (1) Die Satzung regelt den Zugang der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Neu-Isenburg sowie juristischer Personen mit Sitz in der Stadt Neu-Isenburg zu den bei der Stadt vorhandenen amtlichen Informationen.
- (2) Der Zugang zu Informationen dieser Satzung steht auch
 - a) Personen, die im Zeitpunkt der Entstehung der Informationen im Stadtgebiet ihren Wohnsitz hatten, und
 - b) Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen können, offen.

§ 2 Anwendungsbereich

- (1) Die Voraussetzungen, unter denen Informationen nach § 1 zugänglich gemacht werden können und die dabei zu beachtenden verfahrensrechtlichen Regelungen bestimmen sich nach dem durch diese Satzung ausdrücklich und entsprechend für anwendbar erklärten Vierten Teil (§§ 80 bis 89) des HDSiG in seiner jeweils gültigen Fassung mit der Maßgabe, dass bei der Stadt Neu-Isenburg der/die Beauftragte für Informationsfreiheit zentrale auskunftspflichtige Stelle ist.
- (2) Von der Satzung betroffen sind ausschließlich Informationen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt.

§ 3 Kosten

- (1) Die Erteilung mündlicher und einfacher schriftlicher Auskünfte sowie die Einsichtnahme in Dateien und Akten vor Ort sind kostenfrei.
- (2) Für alle sonstigen Amtshandlungen aufgrund dieser Satzung werden Kosten (Gebühren und Auslagen) grundsätzlich nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung der Stadt Neu-Isenburg erhoben, worauf der/die Antragsteller/in vorab hingewiesen wird. Die Gebühren sind insbesondere nach dem Verwaltungsaufwand zu bemessen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die antragstellenden Personen durch die Höhe nicht von der Geltendmachung ihres Informationsanspruchs nach § 80 Abs. 1 HDSiG abgehalten werden dürfen. Auslagen für Ausfertigungen, Abschriften und Kopien betragen abweichend von der Verwaltungskostensatzung 0,20 € je Seite.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Neu-Isenburg, den 20.09.2023

Der Magistrat der Stadt Neu-Isenburg

Dirk Gene Hagelstein
Bürgermeister